

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION ZUR CHINA-STRATEGIE

Der Umgang mit der Volksrepublik China unter Herrschaft der Kommunistischen Partei ist eine der größten politischen Herausforderungen unserer Zeit. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat unseren Blick dafür geschärft, wie ernst der Systemwettbewerb zwischen Autokratien und Demokratien ist. Im Verhältnis zur Volksrepublik China ist in den vergangenen zwei Jahren aus dem beschreibenden Dreiklang der EU-Kommission (Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale) die „systemische Rivalität“ in den Fokus gerückt – zu Recht. Denn der Dreiklang bleibt bestehen, aber die „systemische Rivalität“ ist die Dimension des Umgangs mit China, die wir bisher am wenigsten durchdacht haben, und die deswegen am Beginn veränderter und vertiefter strategischer Überlegungen stehen muss. Nicht nur mit seiner Vision, den kommunistischen Ein-Parteien-Staat im Jahr 2049, genau hundert Jahre nach der Gründung der Volksrepublik China, zur dominierenden Weltmacht zu machen, hat Xi Jinping die Natur der KP und der VR China tiefgreifend verändert. Und wenn China sich verändert, muss sich auch unsere China-Politik verändern.

Es ist unsere Verantwortung, die Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern und Verbündeten auszubauen und – auch mit neuen Formaten – zu vertiefen. Denn die autokratische Verlockung für viele Machthabende ist groß. Die Kommunistische Partei Chinas regiert die Volksrepublik autokratisch mit Xi Jinping als zentraler Führungsfigur, verneint Freiheits-, Menschen- und Bürgerrechte und agiert international immer aggressiver. Die zentralen Instrumente zum Machterhalt sind ein immer weiter ausgebauter Überwachungsstaat und ein Wirtschaftssystem mit einem immer stärker zentral gesteuerten Staatskapitalismus, der mit freiem Unternehmertum und Marktwirtschaft zunehmend weniger gemeinsam hat. Auch auf chinesischer Seite bestehen eigene internationale Abhängigkeiten und die Volksrepublik hat im Inneren mit eigenen, großen Herausforderungen zu kämpfen. Aber China hat in den letzten Jahren weltweit systematisch Abhängigkeiten gefördert, ist bereit, Handels- und Wirtschaftspolitik als geopolitisches Machtinstrument einzusetzen und wird zunehmend zu einer Bedrohung für die regelbasierte Weltordnung und etwa in der Straße von Taiwan potenziell auch für den Weltfrieden.

Wir stehen in einem neuen Systemwettbewerb – und müssen diesen auch als solchen annehmen und strategisch durchdenken. Denn das, was uns gegenüber Putin mit unserer Energieabhängigkeit so verwundbar gemacht hat, die Unterschätzung der Herausforderung, darf sich nicht wiederholen. Einmal mehr haben wir gesehen: Versäumnisse holen uns in der Krise ein. Wie bei allen globalen, vernetzten Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, macht es dabei nur Sinn, dies in der EU und mit unseren internationalen Partnern gemeinsam und koordiniert anzugehen. Deutschland allein ist in der Welt zu klein. Daher sollte China-Politik heute immer europäisch einheitlich gedacht werden. Eine vertiefte, gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist deshalb genauso wichtig wie starke transatlantische Beziehungen.

Die Entwicklungen des chinesischen Systems legen nach unserer Überzeugung auch die Axt an Chinas langfristige wirtschaftliche Stärke. Ein autoritäres Gesellschaftsmodell ist auf Dauer nicht tragfähig. Wir Freie Demokraten glauben aus tiefster Überzeugung, dass ein Gesellschaftssystem erfolgreich und erstrebenswert ist, das individuelle Freiheit und Selbstbestimmung sowie wirtschaftliche Freiheit und Marktwirtschaft gewährleistet. Denn für uns ist Freiheit unteilbar. Die Innovationskraft, die Bottom-Up-Kreativität, die nur freie Gesellschaften kreieren können, die Kombination von privatem Unternehmertum und Eigentumsschutz, Vielfalt und Offenheit wird sich langfristig auch wirtschaftlich als überlegen erweisen. Ein langer Atem lohnt also – und dabei können wir uns Verzagtheit nicht leisten. Entschlossenheit und Bewusstsein für die Größe der Herausforderung bedarf es auch im Systemwettbewerb mit dem China von Xi Jinping. Dann haben wir Grund zur Zuversicht, dass sich in diesem Wettbewerb die liberalen und marktwirtschaftlichen Demokratien langfristig als stärker erweisen werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, gegenüber China eine Strategie zu verfolgen, die einerseits geleitet ist von unseren Werten und die andererseits darauf abzielt, die strategischen Interessen Deutschlands als Teil der Europäischen Union auch langfristig zu schützen und zu realisieren. Die folgenden Grundgedanken sind hierfür bei uns handlungsleitend.

China verstehen

- In der Volksrepublik China lebt mehr als ein Sechstel der Weltbevölkerung. Unsere wirtschaftlichen Verflechtungen mit China sind erheblich: 2018 schaffte der Endverbrauch in China etwa 1,1 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland, 4,1 Millionen Arbeitsplätze in China hingen vom Endverbrauch in Deutschland ab. Ein umfassendes „Decoupling“ von der Volksrepublik China ist aus diesem Grund vollkommen unrealistisch – und es ist unsererseits auch weder gewollt noch in unserem Interesse. Allerdings ist festzustellen, dass China selbst mit der Abschottung seines Internets und seinem veränderten ökonomischen Konzept die Vernetzung der Welt, an der wir ein Interesse haben, zurückdreht. Wir Freie Demokraten halten es aber für notwendig, mit genau diesem Realismus unsere Beziehung mit der Volksrepublik China von Grund auf zu analysieren und auf Grundlage einer umfassenden und ressortübergreifenden China-Strategie neu zu sortieren. Dafür müssen wir dieses Land begreifen, wir müssen die Kommunistische Partei Chinas verstehen und wir müssen Xi Jinping und die fundamentalen von ihm ausgelösten Veränderungen des chinesischen Regierungssystems verstehen. Der Schlüssel für einen strategischen und weitsichtigen Umgang mit der Volksrepublik ist eine vertiefte China-Kompetenz und die Bereitschaft, diese Erkenntnisse ernst zu nehmen und in der Praxis umzusetzen.
- Dabei müssen wir unseren Wettbewerbsvorteil ausspielen: In liberalen Demokratien wird Wissen dezentral z.B. von der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft geschaffen und durch den kritischen Diskurs informierter und selbstbestimmter Individuen kontinuierlich bereichert und vertieft. Staatliche Strukturen auf allen Ebenen und nichtstaatliche Akteure lernen voneinander. Stattdessen wollen wir Strukturen schaffen, in denen sich unser strategischer Umgang kontinuierlich an die äußerlichen Gegebenheiten anpasst und wir uns dabei möglichst viel dezentrales Wissen zunutze machen. Um also systematisch unsere China-Kompetenz zu steigern,

müssen wir Kompetenz-Netzwerke schaffen, in denen Wissen der unterschiedlichen Netzwerk-Partner geteilt, eingeordnet und weiterverarbeitet wird. Dazu gehören bestehende Gremien, die das Thema China regelmäßig auf ihre Tagesordnung setzen sollten. Diese sollten Knotenpunkte anlegen, wo China-Wissen systematisch gesammelt wird. Das gilt auch für Institutionen wie den Deutschen Bundestag. Zusätzlich müssen wir neue Netzwerke schaffen, insbesondere an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, wobei wir etablierte Akteure und bestehende Strukturen gestaltend einbeziehen. Unternehmensnetzwerke in China, Kammern und Verbandsstrukturen können Seismografen der Entwicklungen in der Volksrepublik sein und sind elementare Netzwerk-Partner. Eine besonders wichtige Rolle spielen auch Netzwerkstrukturen, die über Landes- und EU-Grenzen hinausgehen. Grundprinzip des Netzwerkansatzes ist, dass er aus Mitgliedern besteht, die auf Augenhöhe miteinander agieren und deren Erfahrungen gleich viel wert sind. Dieser Ansatz schafft nicht nur China-Expertise, er verwebt uns noch enger mit unseren Partnern weltweit und schafft gesellschaftliche Kommunikationskanäle.

- Die KP Chinas verstehen bedeutet gleichzeitig auch zu begreifen, welches Bild die Volksrepublik selbst von sich in der Welt verbreitet und verbreiten will. Hierbei spielen Konfuzius-Institute eine wichtige Rolle: Sie dienen teils dazu, Propaganda der Kommunistischen Partei durch das Vortäuschen von freier Wissenschaft zu legitimieren und durch den Anschein akademischer Prinzipien glaubwürdig zu machen. Bestehende Kooperationen von Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sollten kritisch geprüft und beendet werden, falls signifikante Risiken für deutsche und europäische Interessen im systemischen Wettbewerb ersichtlich sind. Der Blick ist dabei vor allem auf die naturwissenschaftliche und technische Forschung zu richten, mit dem Ziel, dass deutsch-chinesische Forschungsk Kooperationen nicht für militärische Zwecke durch China missbraucht werden. Der Eigenverantwortung der Einrichtungen und individuellen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Gleichzeitig sollten sich die Bundesländer im Rahmen der GWK verpflichten, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um an deutschen Universitäten die unabhängige akademische China-Kompetenz umfassend auszubauen.
- Die Volksrepublik setzt ihre eigenen Narrative nicht nur mit Soft-Power-Instrumenten um. Wenn die Kommunistische Partei Chinas hier bei uns Polizeistationen unterhält, systematische Desinformation betreibt oder zum Beispiel Exil-Communities aus Hongkong oder China ausspionieren und bedrohen lässt, darf das der deutsche Rechtsstaat nicht dulden. Ein Instrument könnten zentrale Kompetenzstellen bei den Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern sowie bei Bundes- und den Landeskriminalämtern sein. Wir Freie Demokraten sprechen uns für eine nationale Strategie für Cybersicherheit aus und wollen die entsprechenden Strukturen des Bundes, wie das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik stärken und aufrüsten. Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass an deutschen Hochschulen Studierende, chinesische und deutsche, sich ohne Einschränkungen frei und kritisch äußern können, ohne Repressionen durch chinesische Sicherheitsorgane ausgesetzt zu sein. Chinesinnen und Chinesen, die hier in Deutschland leben, sind Teil unserer Gesellschaft und helfen uns dabei, China in all seiner Vielfalt besser zu verstehen. Auch

deshalb müssen wir besonders berücksichtigen, dass die Kommunistische Partei Chinas vor allem gezielt in Deutschland lebende Chinesen in ihrer Muttersprache mit Falschinformationen, etwa während der Corona-Pandemie, adressiert.

China als systemischer Rivale

- Die universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte sowie die souveräne Gleichheit aller Mitgliedstaaten geben als Fundament des Regelsystems der Vereinten Nationen die Leitlinien für unser deutsches und europäisches Verhältnis mit der Volksrepublik vor. Zunehmend müssen wir beobachten, wie die Volksrepublik China Menschen- und Freiheitsrechte, etwa durch die Nutzung und angestrebte Ausweitung des Social Credit Systems, systematisch untergräbt und als westliches Herrschaftsinstrument bezeichnet. Seit Xi Jinpings Amtsantritt hat sich die Menschenrechtslage in China noch einmal rapide verschlechtert und sich das Land wiederholt über seine bilateralen und multilateralen Verpflichtungen in diesem Bereich hinweggesetzt. Die Kommunistische Partei Chinas versucht ihren Einfluss in internationalen Menschenrechtsinstitutionen gezielt einzusetzen, um die klare und eindeutige Botschaft der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu verwässern. Dabei versucht China zunehmend offensiv, ihr eine neue Menschenrechtsordnung mit chinesischer Prägung entgegenzusetzen. Um Menschenrechte und individuelle Freiheit über die Grenzen der EU hinaus entschieden vertreten zu können, müssen wir uns diesem Versuch entschieden widersetzen, etwa durch Zusammenarbeit in einer Allianz der Demokratien. Im UN-Sicherheitsrat macht China, oftmals gemeinsam mit Russland, immer wieder Gebrauch von seinem Veto-Recht, um dessen Handlungsfähigkeit zu verhindern. Wir stemmen uns gegen ein Auseinanderfallen der multilateralen Ordnung und eine Erosion der VN-Organisationen. Unsere regelbasierte multilaterale Ordnung fußt auf dem Völkerrecht. Spätestens mit der Aufkündigung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ in Hongkong hat die Volksrepublik auf vertrauenserschütternde Weise gezeigt, dass sie die durch völkerrechtliche Verträge zugesicherten Bürger- und Menschenrechte missachtet. Die zunehmenden militärischen Drohgebärden gegenüber Taiwan sind zudem äußerst besorgniserregend. Ein Angriff der Volksrepublik China auf Taiwan ist ein Szenario, das wir allein deshalb ernst nehmen müssen, weil er durch die Kommunistische Partei Chinas als reale politische Option offen kommuniziert wird. Eine Vereinigung von China und Taiwan kann nur im friedlichen Konsens erfolgen, eine einseitige Änderung des Status quo können wir nicht akzeptieren.
- Spätestens seit Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg auf die Ukraine wissen wir, dass man Drohungen mit Gewalt sehr ernst nehmen muss. Deutschland und die EU müssen sich mit unseren internationalen Partnern für eine strategische und abgestimmte Abschreckungspolitik („Deterrence“) gegenüber der Volksrepublik China einsetzen. Gleichzeitig müssen wir in Deutschland und der EU die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir abschreckungsfähig sind. Wir haben die Verantwortung, uns in eine Position zu bringen, aus der wir wertegeleitet handeln und etwa mit europäischen Sanktionen im Falle einer Aggression gegenüber Taiwan drohen können, weil wir die richtige Vorsorge getroffen und entsprechende Notfallpläne ausgearbeitet haben. Dazu gehört, dass wir Schwachstellen in unserer kritischen Infrastruktur und

wirtschaftliche Abhängigkeiten mit systemischer Relevanz identifizieren, etwa durch einen China-Stresstest. Vielen Unternehmen haben bereits begonnen, durch Diversifizierung ihre Abhängigkeiten im globalen Markt zu reduzieren. Vergessen wir dabei nicht: Auch China ist wirtschaftlich abhängig von Deutschland und Europa und braucht den Zugang zu unseren Märkten.

- Bisher wird das Menschenrechtssanktionsregime auf EU-Ebene auch als diplomatisches Instrument im Rahmen von Eskalationsspiralen genutzt. Personenbezogene Sanktionen sollten aber keinen taktischen Zweck erfüllen. Denn Menschenrechte sind das Fundament unseres Wertesystems. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, personenbezogene Sanktionen noch konsequenter einzusetzen. Sie sind das Mittel, das wir haben, um Verantwortlichen für Menschenrechtsverbrechen im Rahmen unserer Möglichkeiten Privilegien zu entziehen. Im Falle Chinas bedeutet das etwa eine umfassendere Sanktionierung der Verantwortlichen für die Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang und Tibet als bisher sowie ein entschiedener Einsatz für die strafrechtliche Verfolgung der anhaltenden und systematischen Verbrechen an den Uiguren.
- Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass wir die Institutionen der Vereinten Nationen als elementare Bestandteile unserer regelbasierten multilateralen Ordnung stärken und ihre Idee und ihren Geist bewahren müssen. Gleichzeitig müssen wir in Zeiten des offenen Systemkonflikts den Mut haben, neue Formate zu etablieren, die Gleichgesinnte verbinden und uns die Möglichkeit geben, mit einer gemeinsamen Stimme in einem unüberhörbaren Chor für unser System einer liberalen Demokratie zu werben. Durch den russischen Angriffskrieg ordnet sich auch die Sicherheits- und Machtarchitektur in Europa neu. In Asien gehen Länder wie Indien und viele ASEAN-Staaten einen anderen Weg als die Volksrepublik China. Auch wenn Autoritarismus und Unfreiheit in der Welt zunehmen, haben sich in Afrika, Südamerika und im Nahen Osten Länder und Zivilgesellschaften schon vor Jahren und vielfach unbeachtet auf den Weg gemacht, liberale Demokratien zu werden. Unser Werben für Freiheit und Menschenrechte war noch nie so wichtig wie heute.
- Wir Freie Demokraten werben deshalb für eine globale „Allianz der Demokratien“, auch in konkretem organisatorischem Rahmen. Sie soll von Staaten als Club gegründet werden, der es sich zur zentralen Aufgabe macht, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie weltweit zu werben und diese Werte zu leben. Ein zentraler Zweck dieses neuen Forums soll daher auch sein, sich als „like-minded partners“ auch über den strategischen Umgang mit den fundamental Andersdenkenden auszutauschen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Diese Organisation ist damit Teil der Strategie und entwickelt die Strategie zugleich weiter. Partner aus der ganzen Welt, von Kanada über Portugal und Estland bis Südkorea, Japan und Australien, sollen sich dort auf Augenhöhe begegnen. Denn eine Allianz der Demokratien eint die Überzeugung, dass wir alle für diese Welt gemeinsam Verantwortung tragen und gemeinsam entscheiden, wie dieser Systemkonflikt für die internationale Gemeinschaft ausgeht. Unser Ziel ist, dass dieser Allianz immer mehr Staaten beitreten. Deshalb braucht es perspektivisch auch institutionalisierte Zutrittsmöglichkeiten, etwa ein Beitrittskandidatenformat. Maßstab für einen Beitritt muss dabei das klare Bekenntnis zur Unteilbarkeit der Freiheit

sein. Eine solche Allianz könnte dann der Freiheitsanker im pazifischen Jahrhundert sein.

- Gleichzeitig müssen wir eng mit denjenigen Ländern und Staatenverbänden in Kontakt bleiben, mit denen wir gemeinsame Interessen teilen. Dabei sollte es sich um lose Formate ohne Zugangsbarrieren handeln, bei denen der Dialog im Mittelpunkt steht. Die von Frankreich initiierte Europäische Politische Gemeinschaft (EPC) ist ein Beispiel für einen solchen Ansatz.
- Die Volksrepublik China weitet im Rahmen der Belt and Road Initiative ihren internationalen Einfluss gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern gezielt aus. Umso mehr muss unsere partnerschaftliche Entwicklungspolitik ein glaubwürdiges und erfolgreiches Alternativmodell zum vorrangig von expansiven Infrastrukturinvestitionen und Rohstoffausbeutung geprägtem Verhalten Chinas werden. Eine stärker europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit, die auch große Infrastrukturprojekte ermöglicht und zu zügigen Investitionsentscheidungen kommt, kann eine wertegeleitete Alternative zum chinesischen Engagement darstellen, das Entwicklungsländer häufig weiter in die Verschuldung treibt. In diesem Zusammenhang setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass die deutsche Außenpolitik robuste regionale Strategien für die Schlüsselregionen in unserer Nachbarschaft entwickelt. Wir stellen außerdem fest: Die Volksrepublik China ist de facto kein Entwicklungsland mehr. Seit 2009 findet keine deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit China statt. Diese Entwicklung muss auch bei der Vergabe von KfW-Krediten oder internationalen Verhandlungen wie etwa in der Klimapolitik berücksichtigt werden.

China als Wettbewerber

Chinas Rollen als systemischer Rivale und Wettbewerber sind nicht voneinander zu trennen. Denn einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten schränken uns in unserer Handlungs- und Abschreckungsfähigkeit ein und machen uns angreifbar. Die Volksrepublik erwirbt zudem gezielt und strategisch Knotenpunkte kritischer Infrastrukturen und versucht mit teils fragwürdigen Methoden Zugang zu Forschung und Innovation zu erlangen. Unsere Antwort darauf muss ebenso effektiv wie präzise sein. Dazu müssen wir unterscheiden zwischen einerseits kritischer Infrastruktur, wirtschaftlichen Abhängigkeiten mit systemischer Relevanz und unternehmerischen Risiken, die durch Abhängigkeiten in der nicht ausreichend diversifizierten Lieferkette und kritischen Forschungsfeldern entstehen sowie andererseits dem Bereich, wo Handel und Investitionen weiter intensiv stattfinden sollen - aber auf Augenhöhe und mit Reziprozität. Im Sinne dieser Differenzierung halten wir Freien Demokraten es für notwendig, vier Strategien gleichzeitig und gleichermaßen zu nutzen:

1. Schwachstellen identifizieren und vermeiden

- Um möglicherweise bestehende Schwachstellen zu identifizieren und die Entstehung neuer Schwachstellen zu vermeiden, fordern wir einen umfassenden Stresstest. Dabei muss es darum gehen, sicherheitsrelevante aber auch systemische Abhängigkeiten von der Volksrepublik China zu identifizieren. Dazu müssen in einem ersten Schritt kritische Infrastrukturen überprüft werden. Hierzu gehören in diesem Fall insbesondere unsere Verkehrs- und Handelsnetze mit Häfen, Schienen und Flughäfen, unsere

Energieversorgung und unsere digitale Infrastruktur. Der Stresstest muss alle Ebenen einbeziehen. Wir müssen diesen Stresstest zum Anlass nehmen, strategische Vorhaben wie die Leitlinien der Nationalen Hafenstrategie auf europäischer Ebene und mit unseren Partnern abzustimmen sowie Redundanzen aufzubauen.

- Der Stresstest muss in enger Abstimmung mit Unternehmen betroffener Branchen umgesetzt werden. Direkt oder faktisch verpflichtende Stresstests für Unternehmen, die nicht unter die obigen Definitionen fallen, lehnen wir jedoch ab. Stattdessen sollte das Bundeswirtschaftsministerium notwendige Unterstützungsmechanismen schaffen, damit Unternehmen mit realistischen Szenarien eigene Stresstests modellieren können.
- Wir sind als Freie Demokraten der Überzeugung, dass wir dabei im digitalen Zeitalter auch über eine erweiterte Definition kritischer Bereiche nachdenken müssen, die wesentliche und definierende Elemente unseres liberalen Rechtsstaats sind. Dazu gehören etwa Investitionen in Bildungs- oder Medienunternehmen.
- Unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit der Volksrepublik China sind komplex. Umso wichtiger ist es, dass ein Stresstest darüber Aufklärung verschafft, welche wirtschaftlichen Abhängigkeiten hierbei ein systemisches Risiko darstellen. Dazu müssen wir Sektoren und technologische Ökosysteme einzeln identifizieren und analysieren. Mit besonderer Sensibilität müssen wir in den Bereichen vorgehen, die für die digitale und ökologische Transformation unserer Wirtschaft von elementarer Bedeutung sind, etwa von Rohstoffen über Zwischenprodukte bis zu Mikroelektronik.
- Um der Vulnerabilität unserer kritischen Infrastruktur und kritischen Bereichen Rechnung zu tragen, fordern wir Freie Demokraten eine Reform des Außenwirtschaftsrecht – aktuelle Fälle wie der des Hamburger Hafens haben gezeigt, dass hier mit Blick auf Unternehmen, die den umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, Reformbedarf besteht. Hier könnte zum Beispiel künftig das ganze Kabinett einstimmig zustimmen müssen und nicht nur einstimmig widersprechen können.

2. Stärken identifizieren und ausspielen

- Als Freie Demokraten sind wir davon überzeugt, dass unsere Welt auch in Zukunft vor allem dann Wohlstand und Frieden für alle Menschen schafft, wenn sie eine globalisierte Welt bleibt. Dazu gehören zwangsläufig gegenseitige Abhängigkeiten und internationale Arbeitsteilung. Ein zentraler Grundgedanke dieses Prinzips ist, die eigenen Stärken zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Auch die Volksrepublik China ist auf angewiesen. Denn handelspolitisch ist die Europäische Union eine Weltmacht und in vielen Bereichen sind wir Technologieführer – eine Position, die wir ausbauen müssen. Diese umgekehrten Abhängigkeiten müssen wir genauso akribisch analysieren und identifizieren wie unsere Schwächen und sie strategisch einsetzen, etwa indem wir Anreize für die reziproke Öffnung der chinesischen Wirtschaft setzen. Hochspezialisierte deutsche Unternehmen sind zum Beispiel ein signifikantes und unersetzbares Glied in den globalen Halbleiter-Lieferketten. In Bereichen wie etwa Photonik und Biotechnologie müssen wir durch entschlossene Verbesserung der Rahmenbedingungen unser Potenzial nutzen, um den Wettbewerb der Zukunft zu bestimmen.

- Wir müssen die Rahmenbedingungen für ein Investitionsumfeld schaffen, in dem sich Unternehmen zu internationalen Technologieführern entwickeln können. Unsere geopolitische Machtposition von heute wird insbesondere durch unsere Zukunftsfähigkeit bestimmt. Wir Freie Demokraten setzen deshalb statt einer zentralistischen europäischen Industriepolitik auf ein verbessertes Markt- und Investitionsumfeld, das europäische Unternehmen in all ihrer Vielfalt fördert. Wir fördern Forschung und Entwicklung in Europa und entfesseln vor allem auch unseren Mittelstand durch ein gutes Ökosystem. Technologieoffenheit und flexibles Reagieren auf weltwirtschaftliche, geopolitische und technologische Veränderungen geben uns den größten Wettbewerbsvorteil und steigern Produktivität und Wohlstand.
- Wenn wir systemisch relevante Branchen innerhalb der EU fördern, dürfen Entscheidungen nicht von einem Missverständnis von technologischer Souveränität als technologische Autarkie geleitet sein. Auch vor diesem Hintergrund ziehen wir eine enge Zusammenarbeit mit Hochtechnologie-Ländern industriepolitischen Eingriffen vor. Wir haben Regionen in Europa, in denen einzigartige Ökosysteme für zum Teil hochspezialisierte Produkte entstanden sind. Sie bestehen aus Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Diese Regionen sollten wir europaweit in einem festen Rahmen zu Spitzen- und Arbeitstreffen zusammenbringen, um Netzwerkeffekte zu schaffen und um zu verstehen, wie sie entstanden sind, was sie so erfolgreich macht und was sie regulatorisch brauchen, um weiter erfolgreich zu sein.
- Neben Innovationen gewinnen im Technologiebereich Standards an Bedeutung. Die Volksrepublik China investiert in diesem Bereich bewusst und strategisch. Wir wollen, dass Deutschland und die EU eine Weltmacht auf dem Feld der Standardisierung bleiben und sie für Bürokratieentlastung und bessere Handelsfähigkeit nutzen.. Dafür sollten wir Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung von Standards setzen und eine EU-Taskforce schaffen, die Wissen um Standards bündelt und weltweite Entwicklungen im Blick behält. Die Beteiligung an der Arbeit von internationalen Normungsgremien wollen wir für unseren starken Mittelstand und für kleine aber hoch innovative Unternehmen attraktiver machen. Dabei müssen wir in Handelsgremien wie etwa dem EU-US Trade and Technology Council (TTC) und in Handelsabkommen mit unseren internationalen Partnern Standards zu Schwerpunkten machen, denn wir werden sie in den meisten Fällen aus Deutschland bzw. der EU allein nicht setzen können.

3. Unternehmerische und wirtschaftliche Freiheit vergrößern

- Es ist Aufgabe der Politik, beste Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Unternehmen ihre Lieferketten einfacher und schneller diversifizieren können. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Wenn die Volksrepublik sich wirtschaftlich abkoppelt oder wir in einzelnen Bereichen Abhängigkeiten für zu großhalten, dann muss unsere Antwort darauf nicht weniger, sondern mehr wirtschaftliche Vernetzung mit der restlichen Welt sein. Der Schlüssel dazu ist ein Netz von Freihandelsabkommen und neuen Freihandelszonen. Die Handelsagenda der Bundesregierung muss ambitioniert umgesetzt werden, dazu gehören insbesondere die bereits beschlossene Ratifizierung

von MERCOSUR und die umgehende Aufnahme von Verhandlungen mit den USA über ein neues Freihandelsabkommen. Das kann jedoch nur der Anfang sein. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass in dieser Legislaturperiode so viele Handelsabkommen ratifiziert werden wie möglich. Wir setzen uns dafür ein zu prüfen, inwiefern insbesondere auch mit unserem Nachbarkontinent Afrika mehr Freihandel möglich ist. Beim Ausbau unseres Freihandelsnetzes sollten wir auch systemisch relevante Wirtschaftsbereiche im Blick behalten, etwa im Bezug auf Rohstoffe oder engste Handelspartnerschaften im Hochtechnologie-Bereich. Die immer weiter fortschreitende Überfrachtung von Handelsabkommen mit sachfremden Themen muss im Lichte der wirtschaftspolitischen Zeitenwende umfassend evaluiert und gegebenenfalls beendet werden.

- Wir brauchen eine abgestufte handelspolitische Agenda. Wir dürfen unsere Handelspartner weltweit nicht mit überzogenen Forderungen an deren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen überfordern. Ein Handelsabkommen mit Japan und Neuseeland muss anders aussehen als ein Abkommen mit Kenia und dem MERCOSUR. Abgestuft heißt, wir brauchen jetzt eine fast-track Initiative in der sich die liberalen Demokratien weltweit zu einem Wirtschafts- und Werteraum zusammenfinden. Andererseits müssen wir offen sein und abgestufte Angebote an möglichst viele Länder der Welt machen.
- Wir Freie Demokraten sehen weiterhin das enorme wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungspotenzial, das durch Investitions- und Handelsabkommen für Schwellen- und Entwicklungsländer entstehen kann. Das im Falle Chinas mit der wirtschaftlichen keine fortgesetzte gesellschaftliche Öffnung einherging, darf uns nicht davon abhalten, optimistisch und realistisch auf die Entwicklung in vielen Ländern der Welt zu blicken. Der maßgebliche Weg dorthin sind Freihandelsabkommen, die dem jeweiligen Entwicklungsstand in den Partnerländern Rechnung tragen müssen. Gleichzeitig müssen wir aus den Erfahrungen mit der Volksrepublik lernen und Möglichkeiten finden, dass sich vereinbarte Standards oder marktwirtschaftliche Asymmetrien an die positive wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern anpassen, bis ein Level Playing Field erreicht ist. Die universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte sind dabei für uns grundsätzlich nicht verhandelbar.
- Wir glauben an Partnerschaften auf Augenhöhe – von Anfang an. Strategische Initiativen der EU wie Global Gateway wollen wir in diesem Sinne stärken und auch einen Schritt weiterdenken: Sie sind nicht nur strategische Investitions- und Entwicklungsprojekte, sondern sie sollten der erste Schritt zu einer langfristigen Beziehung sein. Einander auf Augenhöhe zu begegnen bedeutete auch, gegenseitige Erwartungen zu formulieren und sich in die Verantwortung zu nehmen.
- Für uns Freie Demokraten steht fest: staatliche Eingriffe in die Außenwirtschaftsfreiheit dürfen nur dazu dienen, unsere Sicherheitsinteressen zu wahren, im Falle von Völkerrechtsverbrechen sanktionsfähig zu sein und zu verhindern, dass deutsche Technologien und Produkte zu Instrumenten eines totalitären Überwachungs- und Unterdrückungsstaates werden. Nicht zuletzt der russische Angriffskrieg hat uns zudem gezeigt, dass unsere Rüstungsexportkontrolle modernisiert werden muss, damit wir im

NATO-Verbund und als Teil einer liberalen Allianz der Demokratien schnell unseren Beitrag leisten können.

4. Für einen freien und regelbasierten Wettbewerb eintreten

- Chinas Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten von der Einbindung in die globale Wirtschaftsordnung profitiert. Dennoch leben viele Chinesinnen und Chinesen nach wie vor in Armut. Wir sind davon überzeugt, dass ihr legitimes Streben nach Wohlstand in einer globalen Wirtschaftsordnung gelingen kann, die auf freiem Handel und der Geltung von Rechten aufgebaut ist.
- Wir wollen weiter mit der Volksrepublik in den Wettbewerb treten und vernetzt sein. Die Grundlage dieses Wettbewerbs müssen jedoch faire Regeln sein. Derzeit gibt es zwischen der Volksrepublik China und der EU kein Level Playing Field. Das EU-China-Investitionsschutzabkommen CAI kann ein erster Schritt in diese Richtung sein, wenn es in verschiedenen Punkten noch einmal nachverhandelt und Investitions- und Patentschutz gesichert werden. Dass das Abkommen derzeit aufgrund der Sanktionen der Kommunistische Partei gegen Mitglieder und Institutionen des Europäischen Parlaments auf Eis liegt, unterstützen wir.
- Die Volksrepublik China sollte sich WTO-konform verhalten. Die Volksrepublik China muss darüber hinaus seinen Status als Entwicklungsland bei der WTO aufgeben. Der Marktwirtschaftsstatus sollte im Rahmen eines WTO Review Processes überprüft werden. Wir Freie Demokraten halten es für eine elementare Aufgabe, die WTO zu modernisieren, damit unser gemeinsames Regelwerk differenzierter und besser durchsetzbar wird. Hierbei sollte sich Deutschland engagiert einbringen, um Unterstützung werben und der EU ein starkes Mandat verschaffen. Wir Freie Demokraten fordern auch unseren Bündnispartner USA auf, an einer Stärkung der WTO stärker mitzuwirken; die umgehende Besetzung der appeal judges ist dafür ein unerlässlicher Schritt.

Mit China kooperieren

- Den Klimawandel auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen und den Umgang mit den veränderten Lebensumständen zu finden ist eine Menschheitsaufgabe unserer Zeit. China trägt als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt eine große Verantwortung für diesen Planeten. In der internationalen Klimapolitik ist die Volksrepublik China ein wichtiger und unverzichtbarer Partner, denn wir können sie nur gemeinsam bewältigen. Diese Erwartungshaltung müssen wir auch als Bundesrepublik in Formaten wie der UNFCCC immer wieder formulieren und eine aktive und finanziell angemessene Beteiligung Chinas einfordern.
- China hat sich zum größten Gläubiger weltweit und insbesondere innerhalb des Globalen Südens entwickelt. Dabei vergibt die chinesische Regierung Kredite in großem Stil, die oft aus einer Situation der Schwäche und unter asymmetrischen Bedingungen in Anspruch genommen werden müssen. Hier steht China somit in einer einzigartigen Verantwortung, die es auch annehmen und sich beispielsweise konstruktiv an den Verhandlungen zu einem internationalen

Schuldenmanagementkonsens beteiligen muss. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass unsere Partnerländer im Süden bei uns das bessere Angebot finden.

- Viele junge Chinesinnen und Chinesen kommen durch Auslandserfahrungen mit den Werten und Prinzipien einer liberalen Demokratie in Kontakt. Deutsche Schulen pflegen regelmäßige Austauschformate mit China. Über akademische Austauschprogramme kommen jährlich tausende chinesische Studentinnen und Studenten nach Deutschland. Wir Freie Demokraten halten es für elementar, solche Formate fortzusetzen und zu intensivieren. Dabei sollten wir sicherstellen, dass ausländische Austauschstudentinnen und -studenten etwa im Rahmen von Orientierungstagen ein Verständnis für die Elemente unserer demokratischen Kultur bekommen. Dazu gehört zum Beispiel die Botschaft, dass Meinungsvielfalt und politische Debatte kein Zeichen von Schwäche sind, sondern uns stark machen, weil wir über die Kontroverse um die beste Lösung ringen. Hier sind auch gesellschaftliche Akteure wie Jugendorganisationen noch stärker gefordert.
- Chinesische Universitäten sind inzwischen wichtige Kooperationspartner in der Spitzenforschung. Insbesondere im Grundlagenbereich ist Wissenschaft globalisiert und chinesische Forscherinnen und Forscher sind ein wichtiger Teil dieser internationalen Forschungsgemeinschaft. Dabei gilt auch im Bereich Forschung das gleiche Grundprinzip wie bei chinesischen Unternehmen: Es gibt keine Wissenschaftsfreiheit in der Volksrepublik China. Auch in Universitäten nimmt die Kommunistische Partei maßgeblich Einfluss. Dazu gehört auch das gezielte Einschleusen von chinesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in strategisch und militärisch relevante Forschungsprojekte im Ausland. Um solche Muster zu erkennen brauchen wir im akademischen Bereich Mechanismen, für die auch die internationalen Universitäts- und Wissenschaftsnetzwerke Verantwortung tragen. Wir befürworten Forschungsk Kooperationen mit chinesischen Universitäten und Wissenschaftlern, etwa im Rahmen des Horizon-Programmes der EU, wenn sie auf Augenhöhe unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit stattfinden und im gegenseitigen Interesse sind. Dabei sollte bei künftigen Projektausschreibungen auch bewusst die Kooperation etwa im sozial-, kulturwissenschaftlichen oder ethnologischen Bereich gesucht werden. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind unsere wichtigsten Botschafter für Wissenschaftsfreiheit weltweit.
- Die Volksrepublik China ist eine Atommacht mit ausgeprägten militärischen Fähigkeiten. Als Freie Demokraten sind wir überzeugt, dass wir neue atomare Aufrüstungsspiralen dauerhaft nur verhindern können, wenn es gelingt, neben den Atommächten USA und Russland auch Nuklearwaffenstaaten wie China an den Verhandlungstisch zu holen.
- Dass China Parallelorganisationen zu bereits bestehenden multilateralen Strukturen und Formaten gründet, betrachten wir mit Sorge. Eine Beteiligung an internationalen Organisationen, die auf Initiative Chinas zurückgehen, prüfen wir auf der Grundlage unserer Wertevorstellungen. In jedem Fall müssen sie den Standards der UN-Organisationen z.B. bei Transparenz, Menschenrechten oder dem Klima- und Umweltschutz entsprechen.

- Die Volksrepublik China besteht aus über 1,4 Milliarden Menschen, die über 90 ethnischen Gruppen angehören und reiche, jahrtausendealte Kulturen pflegen. Die enorme wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist ein Erfolg und ein Resultat harter Arbeit der Menschen in China. Durch die engen wirtschaftlichen Beziehungen der vergangenen Jahrzehnte bestehen viele persönliche Beziehungen zwischen unseren Ländern. Die Volksrepublik China ist ein zunehmend autoritäres System, das die eigene Bevölkerung systematisch und mit den Mitteln eines modernen Überwachungsstaats unterdrückt. Die chinesische Zivilgesellschaft, wie etwa Menschenrechtsverteidiger und Künstlerinnen, werden in China mundtot gemacht. Trotzdem finden die Menschen in China Formen des Protestes, etwa gegen die drakonischen Corona-Maßnahmen oder gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Die jüngsten offenen Proteste zum Beispiel in Urumqi und Shanghai, die sich offen gegen Xi Jinping und die Kommunistische Partei richten, zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger in China den totalitären Machtanspruch der KP und Xi Jinpings nicht einfach hinnehmen und der Propaganda trotzen. In Hongkong haben die Menschen ihre freie Stadt noch nicht aufgegeben, auch wenn sie teilweise aus dem Exil für eine freie und selbstbestimmte Zukunft in ihrer Heimat kämpfen. Wir Freie Demokraten sehen den Freiheitsdrang der Menschen in China und in Hongkong und stehen fest an ihrer Seite.

Taiwan als Teil der internationalen demokratischen Gemeinschaft

Wir bekennen uns als Freie Demokraten zu einer Ein-China-Politik. Wie diese Ein-China-Politik gestaltet wird, definieren wir als Bundesrepublik Deutschland und als EU wie bisher selbst. Hierbei in der EU möglichst abgestimmt vorzugehen, ist dabei zentral. Das demokratische Taiwan ist ein wichtiger, verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner, etwa in der Forschungs-, der Digital- und der Gesundheitspolitik. Von Besuchen und einem intensiven Austausch zwischen Taiwan und Deutschland, insbesondere auf parlamentarischer Ebene, geht ein sehr wichtiges Signal aus und deshalb sollten wir diese Kontakte intensivieren. Auch der Austausch auf Regierungsebene bis hin zu Fachministerinnen und -ministern kann wichtig und sinnvoll sein. Enge wirtschaftliche, politische und zivilgesellschaftliche Beziehungen sind auch in unserem eigenen Interesse. Denn überall dort, wo Unternehmen und Forschungsinstitute Zukunftstechnologien entwickeln, entstehen ökonomischer und technologischer Fortschritt und damit auch systemische Vorteile. Insbesondere im Bereich Halbleiter, Digitalisierung und soziale Innovation hat Taiwan weltweit eine Vorreiterrolle. Die Herausforderungen dieser Welt werden immer komplexer. Es ist in unserem eigenen Interesse, auf politischer Ebene mit und von demokratischen Partnern zu lernen. Auch deshalb sollte Taiwan noch enger in multilaterale Organisationen eingebunden werden. So fordern wir Freie Demokraten schon seit geraumer Zeit, Taiwan einen permanenten Beobachterstatus in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu verleihen. Auch darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen Taiwans um Einbindung in die Arbeit von internationalen Organisationen, wie beispielsweise der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol), der Weltzollorganisation (WCO) oder des Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), soweit das unterhalb der Schwelle einer staatlichen Anerkennung erfolgen kann. Taiwan ist als Gesondertes Zollgebiet Vollmitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und als solches in den Rechtsrahmen potenzieller

internationaler Handelspartner eingebunden. Wir setzen uns dafür ein, dass auf EU-Ebene in diesem Rahmen die notwendigen Weichen für ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan gestellt werden, wie es beispielsweise auch zwischen Neuseeland und Taiwan besteht.

Um auf Maßnahmen der Volksrepublik Chinas gegen Taiwan reagieren zu können, müssen verschiedene Handlungsoptionen vorhanden sein. Nur dann lässt sich auch eine glaubhafte Drohung mit Konsequenzen formulieren. Auch aus diesem Grund ist die Reduzierung von wirtschaftlichen Abhängigkeiten unsererseits durch eine Beyond-China-Strategie dringend notwendig. Denn so kommen wir in die Lage, wirtschaftliche Sanktionen in größerem Umfang als mögliche Reaktion ernsthaft aufzuzeigen. Abhängigkeiten von der Volksrepublik China müssen dabei in allen europäischen Ländern reduziert werden, denn nur dann ist die Voraussetzung für ein geschlossenes europäisches Auftreten und ein gemeinsames europäisches Handeln geschaffen. Dabei ist ein abgestimmtes Vorgehen in der EU, aber auch mit den USA und unseren Partnern im Indopazifik notwendig. Gleichzeitig sollte uns der umgekehrte Hebel der eigenen Innovationskraft und Technologieführerschaft bewusst sein – weshalb diese konsequent zu fördern sind.

Die Volksrepublik China tritt im südchinesischen Meer und der Straße von Taiwan mit Drohgebärden auf und setzt sich über das geltende Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) sowie völkerrechtlich bindende Gerichtsurteile hinweg. Unsere demokratischen Partner in der Region wie etwa Japan, Australien, Singapur, Südkorea, aber auch Taiwan nehmen die chinesische Politik als zunehmend bedrohlich wahr. Die Volksrepublik riskiert eine militärische Eskalation im Indopazifik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundeswehr durch gesteigerte Sichtbarkeit die Indopazifik-Strategie der Bundesregierung unterstützt. Die erfolgreiche Teilnahme der Luftwaffe an Militärmanövern 2022 in Australien ist Beispiel für ein notwendiges Engagement, das von unseren Partnern in der Region hoch geschätzt wird und fortgesetzt werden muss, etwa auch durch Teilnahmen der Deutschen Marine an „Freedom of Navigation“-Missionen im südchinesischen Meer.